

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Altmarkt 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Altmarkt 2 / Fernsch. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtschiff: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neu mal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamazeile einschließlich an dem dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Altmarkt 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 24. November 1927

Nummer 273

Vor der Reichstagsauflösung

Das doppelte Gesicht der SPD

Berlin, 23. November 1927.

Die parlamentarische Maschine klappt noch, aber immer dürrer ist das Mehl, das sie liefert. Die Stellungnahme der Parteien zu jeder Frage wird durch die kommende Wahlagitatio in stärkstem Maße mitbestimmt. Die Abgeordneten dieses Reichstages, der immer williger war, wenn es galt, die Geschäfte der Reaktion zu besorgen, die Profitinteressen des Großkapitals wahrzunehmen, stehen beim Aufwachen morgens und beim Schlafengehen abends vor der Frage: wie sage ich es meinen Wählern? Die Bürgerblockregierung selbst, diese konsequenteste Interessensvertreterin des Bündnisses zwischen Trutz- und Agrarkapital in Deutschland, sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, für die Fortführung ihrer Politik der Ausplünderung der wertvollen Massen sich die nötige Massenbasis zu sichern.

Die verschiedenen Wahlen der letzten Monate haben gezeigt, daß immer größere Teile der wertvollen Bevölkerung Stellung nehmen gegen den Bürgerblock. Die Bürgerblockparteien erkennen klar, daß ihre Positionen im Wahlschlamm nicht besser, sondern immer schlechter werden, je mehr die Auswirkung der beschlossenen Gesetze als wachsender Druck für die breiten Massen der Bevölkerung spürbar sind. Gleichzeitig wachsen die objektiven Schwierigkeiten der Regierung und die Gegensätze im Lager des Bürgerblocks selbst. Alle optimistischen Keulungen des Reichsfinanzministers darüber, daß die enormen Kosten der besonders für die unteren Beamten völlig unzulänglichen Besoldungsreform, die durch das reaktionäre Schulgesetz bedingte Mehrbelastung des Staats, ohne Erschließung neuer Einnahmequellen des Reiches aufgebracht werden können, sind nicht mehr als eine dürftige Verkleisterung der wirklichen Finanzlemme. Und auch die großartig angekündigten Pläne eines Steuerabbaues und einer Herabsetzung der Zölle sind nur agitatorische Geste, hinter denen nichts weiter steht als die Absicht, vor den Wählermassen die Politik des Bürgerblocks zu beschönigen. Am deutlichsten wird dies durch den wachsenden Widerstand der Ländervertretungen im Reichsrat, der sich besonders bei der Beratung der Besoldungsordnung und der Ablehnung des Marx-Reudellings Schulgesetzes zeigte.

Besonders das Schulgesetz zeigt sich immer mehr als eine harte Nuß, an der sich selbst einige Regierungsparteien die Zähne ausbeissen können. Die Deutsche Volkspartei befindet sich in einer Zwismühle. Sie möchte ohne die Belastung mit dem Schulgesetz in den Kampf ziehen, aber das Zentrum fordert die Einlösung seines Scheines, die Konfessionalisierung der Schule, die der Kaufpreis für seine Beteiligung am Bürgerblock war. So werden die Hinweise auf eine bevorstehende Regierungsreise immer deutlicher, und im Zusammenhang damit gewinnt der Gedanke der Reichstagsauflösung immer konkretere Gestalt.

Die kommende Reichstagswahl muß von den wertvollen Massen zu einer wichtigen Abrechnung mit der ganzen Politik der Bürgerblockparteien benutzt werden. Sie muß jedoch gleichzeitig zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft gelernt hat, scharf zu unterscheiden zwischen einer grundsätzlichen Opposition, einer klaren, unzweideutigen Kampfstellung gegen die reaktionäre Bourgeoisie und einer Scheinopposition, die nur darauf ausgeht, die Bürgerblockpolitik in anderer Gestalt fortzuführen. Eine solche Scheinopposition treibt die Sozialdemokratische Partei.

Die SPD geht in den Wahlkampf als das, was sie heute schon ist: als versäimte Regierungspartei. Durch die Preußenkoalition ist die SPD an der gesamten reaktionären Politik des Bürgerblocks beteiligt, sie ist auch im Reichstag bei der Stellungnahme zu jeder Frage bemüht, der Bourgeoisie den Beweis zu erbringen, daß mit ihrer Hilfe ebenso gut gegen die Arbeiterschaft reagiert werden kann, wie mit Hilfe der Deutschnationalen. Das Ziel der Sozialdemokratie im Wahlkampf ist die Herbeiführung der Großen Koalition. Im Schulausschuss sind die sozialdemokratischen Vertreter eifrig bemüht, dem Zentrum zu beweisen, daß mit ihrer Hilfe ein ebenso reaktionäres Schulgesetz geschaffen werden kann, wie mit Unterstützung der übrigen Bürgerblockparteien. Im Haushaltsausschuss trat Hilferding Arm in Arm mit dem Reichswirtschaftsminister Curtius in die Schranken gegen alle Ausführungen selbst der demokratischen oppositionellen Redner. „Eine staatsmännische Rede stellte die bürgerliche Presse am nächsten Tage über das Auftreten Hilferdings fest. Im Reichstag selbst lehnt die sozialdemokratische Fraktion jeden kommunistischen Vorstoß für die Reichstagsauflösung ab, sie will es der Bürgerblockregierung selbst überlassen, wann diese den

Kommunistische Interpellation Arbeiterforderungen im Bürgerblockparlament

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation über die soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Schichten im Reichstage eingebracht:

Die Preise der dringendsten Bedarfsartikel sind seit Monaten in dauerndem Steigen begriffen, so daß bei Beginn des Winters die Not in den Arbeiterfamilien wieder doppelt fühlbar wird. Wohnung, Kleidung und Nahrung, die Grundlagen der Existenz der wertvollen Bevölkerung, sind der neuen Teuerung in erster Linie ausgelehrt.

Die neue Senkung der Reallohne wichtiger Gruppen der Arbeiterschaft hat zu heftigen Lohnkämpfen und Streiks geführt. Die in diesen Kämpfen gefällten Schiedssprüche haben einen Ausgleich für die Steigerung der Mieten, der Textilpreise und der Nahrungsmittelverteuerung nicht gebracht. Wie die Unternehmer die in den Schiedssprüchen festgesetzten, völlig ungenügenden Lohnerhöhungen noch zu umgehen wissen, hat sich besonders deutlich nach dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik gezeigt. Statt der ihnen zugesprochenen 60 Pf. pro Schicht haben die Bergarbeiter in ihrer übergroßen Mehrzahl nur Tagelohnerhöhungen von 4 bis 11 Pf., und allenfalls ausnahmsweise bis zu 20 Pf. erhalten.

Auch die in Vorbereitung befindliche Beamtenbesoldung wird für die Masse der unteren und mittleren Beamten kaum nennenswerte Zulagen bringen. Diese geringen Erhöhungen werden durch die ständigen Preiserhöhungen jetzt bereits wieder abgenommen. In seiner Rede auf dem mitteldeutschen Beamtenkongress am 11. September d. J. erklärte der Reichsfinanzminister Dr. Brücher u. a.: „Es wäre ein Frevel an der ganzen deutschen Volkswirtschaft, wenn diese Aufbesserung, diese Angleichung (der Beamtengehälter) an die jetzigen Verhältnisse dazu benutzt werden sollten, das Preisniveau zu erhöhen. Die Reichsregierung könnte nicht ruhig zusehen, wenn auf diese Weise ihre ganze Aktion inschanden gemacht würde. Sie werde, wenn erforderlich, eingreifen.“

Trotz der Steigerung der amtlichen Indizes hat die Regierung aber nicht eine einzige Maßnahme gegen die Erhöhung des Preisniveaus ergriffen; umgekehrt: nach den wucherischen Lebensmittelpreisen, der Portierhöhung und der Mietpreisteigerung führt die Regierung jetzt noch Verhandlungen über Kohlenpreiserhöhungen mit denselben Unternehmern, die den Arbeitern die ihnen durch Schiedsspruch zugesagte Lohnerhöhung vorzuenthalten haben. Auch gegen die verteuert wirkende Erhöhung des Reichsbankdiskonts hat die Regierung nichts unternommen. Die Massen der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern sind durch die ständig ansteigende Teuerung aller Bedarfsartikel ihrer Wirtschaft, der Baustoffe und Futtermittel, in ihrer Existenz bedroht. Die Großgrundbesitzer aber können sich nach den Steuerreformen der Bürgerblockregierung durch geschickte Buchführung bereits wieder von jeder Steuerzahlung drücken.

Die Großindustrie macht inzwischen durch forcierte Auslandsverkäufe bei künstlicher Hochhaltung der Inlandspreise auf Kosten der deutschen Konsumenten Riesengewinne. Sie hat die großen Erfolge der kapitalistischen Rationalisierung reiflos in ihre Kassen geleitet. Sie hat es daneben noch verstanden, sich derart von Steuerleistungen zu befreien, daß trotz Hochkonjunktur und riesiger Gewinne die sogenannten Befreiungen Minderernehmen aufweisen, während die verteuert wirkenden Massensteuern der Reichskasse große Ueberschüsse brachten.

Dieselben durch Rationalisierung und Hochkonjunktur sich bereichernden Großindustriellen haben einen brutalen Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die demnächst in Kraft tretende Achtstundenschicht in der Hüttenindustrie ausgenommen. Sie verweigern jede Verkürzung der Arbeitszeit, obwohl sich bereits die ersten Anzeichen eines neuen Anschwellens der Arbeitslosigkeit bemerkbar machen.

Entgegen den Behauptungen der Scharfmacher, daß die Sozialisten untragbar geworden seien, ist festzustellen, daß in Wirk-

Zeitpunkt für die Auflösung für geeignet hält. In der sozialdemokratischen Presse wurde mit großen Worten eine Zollabbaufeldzug der SPD angekündigt, aber in Wirklichkeit stimmt die SPD dem deutsch-französischen Handelsvertrage zu, der die Hochschutzzollpolitik verschärft, und der sozialdemokratische Abgeordnete Wiesel betonte mit besonderem Nachdruck, daß sich die Handelsvertragspolitik des Bürgerblocks in keiner Weise von der früheren Regierung unterscheiden, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war.

So zeigt die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf ein doppeltes Gesicht: den Massen gegenüber schreit sie über Kampf gegen den Bürgerblock, der Bourgeoisie gegenüber ist sie eifrig bemüht, täglich neu zu beweisen, daß sie jederzeit bereit ist, in einer kommenden Regierung dieselbe Politik mitzumachen.

licht durch Rationalisierung, Hochkonjunktur und gesteigerte Ausfuhr sich die Großkapitalisten in einer so günstigen Lage befinden, wie noch nie seit Kriegsende. Umgekehrt erweisen sich die hohen Knappheitsbeiträge und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als außerordentlich drückend für die Arbeiterschaft. Gleichzeitig wird die Arbeitslosenunterstützung erheblich geschnitten und in immer zahlreicheren Fällen ganz eingestellt. Das Elend der Ausgesteuerten, der Wohlhabts- und Unterstützungsempfänger und der Sozialrentner nimmt täglich zu.

Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um der neuerlichen Verschlechterung der Lebenshaltung der wertvollen Bevölkerung entgegenzuwirken?

Wann werden die vom Reichsfinanzminister angekündigten Maßnahmen gegen die Erhöhung des Preisniveaus endlich ergriffen? Ist die Regierung insbesondere bereit:

1. der Lohnrückfälle der Unternehmer entgegenzutreten und auf eine Hebung der Reallohne der arbeitenden Massen hinzuwirken, indem sie neben einer wirklichen Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten auch sofort eine gründliche Aufbesserung der Löhne in Reichs-, Staats-, Gemeindebetrieben, Domänen usw. durchführt?

2. den Achtstundentag in vollem Umfang in Stadt und Land wieder herzustellen, und damit in allen dem Einfluß des Reiches unterstehenden Unternehmungen beispielgebend voranzugehen, sowie den Einspruch der Hüttenindustriellen gegen die Durchführung der Achtstundentagsverordnung vom 17. 7. 1927 zurückzuweisen?

3. die weitere Verhandlung über die Erhöhung der Kohlenpreise abzulehnen und andererseits dafür zu sorgen, daß den Bergarbeitern Mitteldeutschlands zunächst die zugesprochene Lohnerhöhung voll ausgezahlt und den Hüttenarbeitern neben der Durchführung der Achtstundenschicht ein voller Lohnausgleich gesichert wird?

4. die massenbelastenden Verbrauchs- und Verkehrssteuern zu beseitigen und die preistreibenden Zölle auf Massenbedarfsartikel abzuschaffen, insbesondere schleunigst das angekündigte Gesetz über die Herabsetzung der Lohnsteuer (Verbr.-Ums.) vorzulegen?

5. den Finanzplan der Reichsbank, der Rentenbank-Kreditanstalt usw. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln herabzudrücken und das wucherische Kreditmonopol der Großbanken zu brechen?

6. die durch Steuererhöhungen herbeigeführten Mietsteigerungen rückgängig zu machen und den Gemeinden für einen großzügigen kommunalen Wohnungsbau ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen?

7. Mittel für eine ausreichende Versorgung der Sozial- und Kleinrentner, für eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsopter sowie für Winterbeihilfen und Wohnungsgeldzuschüsse für die Erwerbslosen bereitzustellen?

8. der Notlage der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden durch Nachlass rückständiger Steuerbalden, durch weitgehende Steuerermäßigungen, durch Uebernahme der sozialen und fiskalischen Gemeindeausgaben auf den Staat, durch Versorgung mit billigen langfristigen Krediten entgegenzutreten?

9. die notwendigen Mittel für alle diese Maßnahmen durch eine Erhöhung der Einkommen, insbesondere schärfere Heranziehung der hohen Einkommen, der großen Vermögen und der Erbschaften zu beschaffen?

Die kommunistische Partei hat in den drei Jahren, in denen dieser Reichstag besteht, unter den verschiedensten Regierungen, einen scharfen, grundsätzlichen Kampf gegen den Vormarsch der Reaktion, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung aller wertvollen Schichten der Bevölkerung geführt. Sie steht auch jetzt in der vordersten Reihe des Kampfes gegen Schulreaktion, gegen Hochschutzzollpolitik, gegen die ungeheuren Massensteuern. Sie hat ihre ganzen Kräfte eingesetzt für den Sturz der Bürgerblockregierung, hat immer wieder die Auflösung dieses reaktionären Reichstages verlangt, in dem allein die kommunistische Fraktion ernsthaft die Interessen der Wertvollen vertritt. Sie betrachtet den Wahlkampf als einen Teil der Mobilisierung der wertvollen Massen zum außerparlamentarischen Aufmarsch gegen dieses ganze System der Ausplün-